Sklaverei vorbei!?

Aktuelle Beispiele struktureller Ausbeutung weltweit

www.eine-welt-netz-nrw.de

Eine Welt Netz NRW

Einführung: Sklaverei gestern und heute

Liebe Leser*innen,
Sklaverei und andere Formen struktureller Ausbeutung bleiben leider aktuell.
Auch heute noch denken wir oft an Filme wie „Onkel Toms Hütte“ oder „12 Years a Slave“, an Menschen aus Afrika auf Baumwollfeldern in den Südstaaten der USA, wenn wir das Wort Sklave hören. Ihre Zwangsarbeit ermöglichte die Entstehung sowie die wirtschaftliche Entwicklung des Westens über Jahrhunderte erheblich mit. Doch Sklaverei und andere Formen struktureller Ausbeutung sind heute wieder tendenziell „farbenblind“ – wie die längste Zeit in über 10.000 Jahren der Geschichte sogenannter Hochkulturen. Ausnahmen bestätigen die Regel, wie vor allem der Beitrag zum Thema Sklaverei in Mauretanien veranschaulicht (ab Seite 14).

Eine lange Geschichte
Die klar sichtbare, von staatlicher Seite abgesegnete Form der Besitzsklaverei hat es immer gegeben und kann fast schon als ein Merkmal von sogenannten hochentwickelten Zivilisationen weltweit angesehen werden. Ob das antike Ägypten, Rom oder aber auch Großreiche in Afrika südlich der Sahara wie etwa Ghana oder Mali sowie altamerikanische Zivilisationen wie das Maya- oder Aztekenreich – sie alle kannten das Phänomen. Man kann ohne Übertreibung behaupten, dass viele Pyramiden, Tempel und andere „zivilisatorische Höchstleistungen“ womöglich ohne Zwangs- bzw. Sklavenarbeit nicht zustande gekommen wären. Dies gilt übrigens auch für den Regierungssitz des noch immer als mächtigsten Mann der Welt bezeichneten US-Präsidenten: Das Weiße Haus, Machtzentrale der „ältesten Demokratie der Welt“, wurde durch versklavte Menschen erbaut. 2014 äußerte der Friedensnobelpreisträgers Kailash Satyarthi, der den Global March against Child Labour 1998 initiierte, folgenden Satz: „Sklaverei ist mit Zivilisation unvereinbar…“; er ist aus meiner Sicht eher als begrüßenswerte Utopie denn als historisch belastbare Aussage zu verstehen. Realitätsorientierter ist die Aussage des französischen Staatstheoretikers und Schriftstellers Montesquieu (1689-1755): „Sklaven müssen sein, sonst wäre der Zucker zu teuer“; dieser Satz, in dem das Wort Zucker beliebig durch andere Agrarprodukte, Bodenschätze oder Dienstleistungen ausgetauscht werden kann, bleibt nach wie vor aktuell.
Wichtig: In allen Etappen der Geschichte gab es immer Widerstand gegen strukturelle Zwangsausbeutung. Dies geschah (und geschieht) zum einen durch die Opfer selbst. Zum anderen gab (und gibt) es aber auch immer Aktivist*innen, die selbst nicht betroffen waren (und sind), aber deren Menschenbild und Gerechtigkeitsbewusstsein ihnen keine andere Wahl ließ (und lässt), sich zu engagieren.
Das Wort Sklave – so einige Historiker*innen – stammt übrigens aus dem Grenzbereich der antiken Welt zwischen Europa und Asien, von wo aus mediterrane Großmächte u.a. vom Nordufer des Schwarzen Meers bedeutende Mengen an Zwangsarbeitskräften bezogen. Da die dort ansässige slawische Bevölkerung überproportional Opfer dieser menschenverachtenden Praktiken wurde, entwickelte sich aus einer ethnischen Bezeichnung eine den Status beschreibende Bezeichnung. Aus Slawe wurde Sklave.
Spätestens mit der Entstehung des transatlantischen Raums wurde die Sklaverei zunehmend schwarz.* Menschen afrikanischen Ursprungs wurden zum Synonym für Sklaven. Die transatlantische Sklaverei stellte alle bisherigen Formen struktureller Zwangsausbeutung in den Schatten. Scheinbar paradox: Es ist wohl ausgerechnet diesem Kapitel der Geschichte zu verdanken, dass zumindest offiziell eine seit Jahrtausenden rund um den Globus existierende Praxis ernsthaft in Frage gestellt worden ist. Nachdem Staaten wie Frankreich 1848, die USA 1865 sowie abschließend Brasilien 1888 die Sklaverei beendeten, fand ein erstes Umdenken statt. Staaten jenseits des Westens folgten bis ins letzte Drittel des 20. Jahrhunderts. Staatliche Sklaverei wurde zum Auslaufmodel.

*Mehr dazu auch unter
https://eine-welt-netz-nrw.de/fileadmin/ewn/data/Themen/Flucht_Migration/Brosch%C3%BCre-Schwarz_ist_der_Ozean-40_Seiten.pdf.pdf
(S. 15-19)

Und heute?
Heute handelt es sich bei „nur" noch ca. 10 Prozent um staatliche Formen von Sklaverei bzw. Zwangsausbeutung. Die Bandbreite der Bereiche, in denen Zwangsarbeit – oft als „moderne" Sklaverei bezeichnet – verrichtet wird, ist immens: Von Hausarbeit über die Landwirtschaft und den Bergbausektor bis hin zur Beschäftigung in Industriebetrieben ist alles vertreten. Hinzu kommen geschlechtsspezifische Formen wie Zwangsprostitution und Zwangsheirat. Auch der internationale Organhandel oder organisiertes Betteln gehören in diese Aufzählung. Dabei ist festzustellen, dass Menschen umso wahrscheinlicher Opfer von Ausbeutung werden, desto entwurzelter sie sind. Daher sind auch und gerade Geflüchtete überproportional oft betroffen.
Auch in Europa existiert das Phänomen. Bezogen auf Deutschland sind hier etwa der Bausektor sowie die Fleischindustrie zu nennen. Nicht zu vergessen ist der ganze Bereich der „käuflichen Liebe", der gerade hierzulande auch aufgrund einer sicherlich gut gemeinten Legalisierung der Prostitution expandiert.
Vorliegende Broschüre will anhand der Autor*innenbeiträge aufzeigen, wie vielfältig die Gesichter von Sklaverei und struktureller Ausbeutung weltweit heute konkret aussehen können. Dabei kann selbstredend nur ein Ausschnitt dargestellt werden. Anspruch auf Vollständigkeit kann nicht erhoben werden. Vielmehr wollen wir auf das Thema aufmerksam machen und auch Ihr Interesse wecken, sich künftig für mehr globale Gerechtigkeit zu engagieren.
Einen Rahmen für dieses Engagement bieten die 2015 verabschiedeten SDGs (Sustainable Development Goals), die unter dem Strich Folgendes fordern:
Ungleichheiten innerhalb und zwischen Staaten verringern (vgl. SDG Nr. 10).

DIMENSIONEN

>50% weltweit in Asien-Pazifik-Region

pro Zwangsarbeitskraft höchster Gewinn in Nordamerika, Europa, Australien, Neuseeland und Japan (durchschnittl. ca. 35.000$ jähr.)

Pro Zwangsarbeitskraft niedrigster Gewinn in Afrika (durchschnittl. ca. 4.000$ jähr.)

ca. 75% aller Betroffenen sind Erwachsene (Frauenanteil steigt im Erwachsenenalter)

>50% Frauen (darunter Prostitution, die im Schnitt 6-mal profitabler ist, als alle anderen Bereiche und 2/3 aller durch Zwangsausbeutung erwirtschafteten Gewinne ausmacht)

Quelle: Moderne Sklaverei – Nicht tolerierbar, nicht akzeptabel und nicht verhandelbar (DGB-Publikation, 2016)

Wenn wir die 17 SDGs ernst nehmen, können wir viel bewegen. Wir alle können recht einfach einen Beitrag zu mehr Gerechtigkeit leisten, indem wir beispielsweise unsere Konsummuster sowie unseren Ressourcenverbrauch kritisch hinterfragen und ggf. ändern. Als Verein oder Initiative haben wir noch mehr Möglichkeiten, die ambitionierte Zielsetzung zu unterstützen. Unser Engagement kann Denkanstöße für Politik und Wirtschaft liefern. Wahrscheinlich reißen wir damit das Ruder nicht über Nacht rum. Aber jede einzelne von Ausbeutung betroffene Person, die am Ende durch unser bewussteres Handeln mehr Perspektiven hat, ist es wert, sich zu engagieren. Mehr zu den SDGs unter
https://eine-welt-netz-nrw.de/globale_entwicklungsziele/

(Serge Palasie, Fachpromotor Flucht, Migration und Entwicklung beim Eine Welt Netz NRW, Juli 2018)

Bilder: Denkmal für den transatlantischen Dreiecks-handel des Künstlers Laurent Valère auf Martinique/ Grafik zur vereinfachten Darstellung des transatlantischen Dreieckshandels

Über den Autor

Serge Palasie ist Afrikanist und befasst sich mit der Entstehung des transatlantischen Raums und der damit verbundenen Geschichte von Sklavenhandel und Kolonialismus. Weitere thematische Schwerpunkte: Flucht/ Globale Ungleichheiten/ Chancen und Herausforderungen einer bunter werdenden Gesellschaft/ Partizipationsmöglichkeiten von Menschen mit sogenanntem Migrationshintergrund.
serge.palasie@eine-welt-netz-nrw.de

Aus dem Inhalt

Libanon: 5
Sklaverei und Ausbeutung von syrischen Flüchtlingen

Italien: 7
Schwere Formen der Ausbeutung im Obst- und Gemüseanbau

Mali: 9
Saisonarbeiter*innen für Spanien

Libyen: 10
Ein Trauma lebt wieder auf und die Welt schaut weg

Mauretanien: 13
Religion als Vorwand für Sklaverei

Demokratische Republik Kongo: 15
Die Situation von Kindersoldaten

Tourismus: 17
Die schönsten Tage des Jahres?

CaféTeriya: 19
Die Veranstaltung zum Thema

Moderne Sklaverei am Beispiel von Katar
Online-Beitrag:
https://eine-welt-netz-nrw.de/fileadmin/ewn/data/Themen/Flucht_Migration/Sklaverei_Katar.pdf

2. Auflage

Die Autor*innen sind für den Inhalt allein verantwortlich. In den Beiträgen verwendete Bilder wurden durch die jeweiligen Autor*innen und zum Teil durch den Herausgeber freigegeben, sofern nicht ausdrücklich anders angegeben. Ausnahme: Beitrag 1 (Kunstwerke „Kinder im Krieg“ und „Flucht vor dem Tod“ von Naseer Alshabani aus „Appell für den Frieden“ (Ausstellung der Caritas Büren)). Ein Teil der Bilder findet sich auf dem Umschlag wieder. Online-Fassung: Aus technischen Gründen dreizeilige Links zur Nachverfolgung bitte kopieren. Wir danken allen Autor*innen dieser Broschüre für ihren Beitrag.

Libanon: Sklaverei und Ausbeutung von syrischen Flüchtlingen

Viele Menschen sind seit Ausbruch des Konflikts in Syrien im Jahr 2011 aus Angst vor Gewalt und Verfolgung aus ihrer Heimat geflohen. Sie suchten unter anderem Schutz im Nachbarland Libanon. Zu Beginn des Krieges in Syrien war der Libanon eines der ersten Länder, das auf die humanitäre Krise reagierte. Der Libanon und Syrien sind historisch, wirtschaftlich und sozial eng miteinander verbunden.
Heute ist jeder fünfte Einwohner im Libanon ein Flüchtling aus Syrien. Insgesamt leben im Libanon 1,2 Millionen syrische Flüchtlinge, was zu großen Problemen innerhalb des Landes führte.
Aus diesem Grund schloss die libanesische Regierung die Grenze und strenge Regularien sollen bewirken, dass nur wenige neue Flüchtlinge überhaupt die Möglichkeit haben, in das Land einzureisen.
Der Libanon hat **nicht** das UN-Abkommen über die Rechtsstellung von Flüchtlingen von 1951 (Genfer Flüchtlingskonvention) und das dazugehörige Protokoll von 1967 unterzeichnet, worin festgehalten ist, dass Aufnahmestaaten Flüchtlinge nicht in Länder abschieben dürfen, wo ihr Leben und ihre Freiheit in Gefahr sind.
Somit haben syrische Flüchtlinge keinen Schutzstatus im Libanon. Das heißt, dass die meisten keine legale Aufenthaltsgenehmigung besitzen. Gleichzeitig bedeutet es, dass sie keine legale Arbeitserlaubnis erhalten können, keinen Zugang zum Gesundheitswesen haben und die Kinder keinen Zugang zur Bildung haben.
Darüber hinaus lebt die Mehrheit der Flüchtlinge in Armut und unsicheren Unterkünften.
Eine Studie der Organisation „The Freedom Fund“ fand heraus, dass die Versklavung von syrischen Flüchtlingen im Libanon ein schnell wachsendes Problem ist.
Es lassen sich verschiedene Arten von Versklavung von syrischen Flüchtlingen feststellen:
1. Kinderarbeit; 2. Kinderehe; 3. sexuelle Ausbeutung; 4. Zwangsarbeit

Kinderarbeit

Seit dem Kriegsausbruch in Syrien ist Kinderarbeit im Libanon signifikant gestiegen.

Die Nachfrage von libanesischen Arbeitgebern an syrischen Kindern ist sehr hoch, da sie viel günstigere und fügsamere Arbeitskräfte sind. Es wird geschätzt, dass zwischen 60-70% der syrischen Flüchtlingskinder arbeiten. Insbesondere findet man Kinderarbeit in der Beeka-Ebene (im Osten von Libanon), die auch als Obst- und Gemüsekammer des Landes bezeichnet wird. Die Kinder arbeiten hier vorwiegend auf den Feldern.
In den städtischen Regionen findet man Kinderarbeit eher auf den Straßen, insbesondere als Bettler, Blumen- oder Stoffverkäufer oder als Schuh- und Auto-Fensterputzer. Sie arbeiten aber auch auf dem Markt, in Fabriken, Autowerkstätten, Lebensmittelgeschäften oder Cafés. Junge Mädchen arbeiten oft in Restaurants und schälen Knoblauch, meist für weniger als 1 US-Dollar pro Tag oder reinigen Wohnungen als gelegentliche Hausangestellte.
Es gibt auch die Vermutung, dass syrische Flüchtlingskinder dazu gezwungen werden, in der Sexindustrie zu arbeiten. Allerdings ist es schwierig, dies nachzuweisen, da die sexuelle Ausbeutung von Kindern sehr effektiv versteckt wird.
In den meisten Fällen ist die Entscheidung von syrischen Familien, ihre Kinder zur Arbeit zu schicken, ein Resultat der schlechten Lebensbedingungen und dem Kampf ums Überleben im Libanon.
Andere Formen von Ausbeutung und Nötigung von Kindern findet man zum Beispiel auch in informellen Zeltsiedlungen. Die Person, die diese Camps koordiniert, auch „shawish“ genannt, organisiert Arbeit für Kinder, vorwiegend auf den Feldern der Bauern, die die Camps beherbergen. Die „shawish“ erhalten den Lohn der Kinder, bevor sie ihnen den restlichen Anteil auszahlen. Es gibt auch Fälle, in denen der „shawish“ die Kinder dieser Camps an andere Bauern, Restaurants, Autowerkstätten oder anderen Arbeitgebern „vermietet“, wovon er als Vermittler profitiert.
Es gibt einige Organisationen (z.B. UNICEF), die auf die Kinderarbeit im Libanon aufmerksam machen, bisher jedoch ohne Erfolg, da Arbeitgebern keine Strafe droht, wenn sie Kinder anstellen.

Kinderehe

Es liegen zwar keine zuverlässigen Daten vor, aber nationale und internationale Organisationen (z.B. Amnesty International) bestätigen, dass syrische Flüchtlingsmädchen immer häufiger zwangsverheiratet werden, insbesondere in der Beeka-Ebene und Akkar.
Der Grund dafür, dass Familien ihre Töchter in einem so jungen Alter verheiraten, ist, dass sie diese vor sexueller Belästigung und sexuellen Missbrauch schützen wollen, ihre wirtschaftliche Zukunft sichern und die wirtschaftliche Last der Familie verringern wollen. Dies

geschieht allerdings nicht nur im Libanon, sondern auch in den ländlichen Regionen Syriens.
Junge Mädchen, die eine Zwangsehe eingehen, sehen sich großen Risiken ausgesetzt, Sklaverei kann ein Resultat sein.
Kinderheirat findet meist ohne die Zustimmung der minderjährigen Braut statt, sie kann der Ehe nicht entkommen und hat oft keine Kontrolle darüber, was in der Ehe passiert (z.B. Geschlechtsverkehr oder Hausarbeit).
Kinderheirat wird von Anti-Slavery International als Sklaverei bezeichnet, wenn folgende Elemente vorzufinden sind: 1. das Kind hat nicht seine volle Einwilligung zur Ehe gegeben; 2. das Kind ist Gegenstand von Kontrolle und „Eigentum" in Form von Missbrauch und Bedrohung und wird gezwungen Hausarbeit zu verrichten oder außerhalb zu arbeiten und / oder wird zu nicht einvernehmlichen Sex gezwungen; 3. das Kind kann die Ehe nicht verlassen oder beenden, was zu einer lebenslangen Unfreiheit führt. Im Libanon kann man je nach religiösem System ab 14 Jahren heiraten, es gibt aber Ausnahmen, die eine Eheschließung unter 14 Jahren erlauben.

Sexuelle Ausbeutung
Obwohl keine offiziellen Daten vorliegen, berichten viele Vertreter von internationalen Organisationen (z.B. Human Rights Watch), dass syrische Flüchtlingsfrauen vermehrt durch Zwang und Gewalt sexuell ausgebeutet werden, insbesondere als Gegenleistung für Miete, Essen oder Arbeit. Meist sind es die Vermieter oder die bereits erwähnten „shawish". Auch Kinder sind von sexueller Ausbeutung betroffen.

Zwangsarbeit
Zwangsarbeit von syrischen Flüchtlingen ist im Libanon weit verbreitet und kann als Norm bezeichnet werden. Zwangsarbeit im Libanon läuft häufig so ab, dass syrische Flüchtlinge meist für wenig oder gar kein Geld als Gegenleistung für ihre Unterkunft arbeiten müssen. Dies kommt nicht nur in den Zeltsiedlungen vor, sondern auch in den Städten. Aufgrund ihres illegalen Status können sie auch von Arbeitgebern unter Druck gesetzt, zu mehr Arbeit gezwungen werden oder sie erhalten weniger Lohn als vereinbart.

Gründe, die zur Versklavung von syrischen Flüchtlingen führen, sind
Kein legaler Schutzstatus als Flüchtling, keine Arbeitserlaubnis, Belästigung durch libanesische Sicherheitsdienste, unsichere und minderwertige Unterkünfte, mangelnde Nahrungsmittelversorgung und mangelnde Geldtransferprogramme sowie das Personenstandsrecht in Bezug auf Kinderehen, so dass religiöse Eheschließungen vorherrschen.

Links (Auswahl):
- *https://d1r4g0yjvcc7lx.cloudfront.net/uploads/Lebanon-Report-FINAL-8April16.pdf*
- *http://www.ilo.org/beirut/media-centre/fs/WCMS_496725/lang--en/index.htm*

Kunstwerke „Kinder im Krieg" und „Flucht vor dem Tod" von Naseer Alshabani aus „Appell für den Frieden" (Ausstellung der Caritas Büren)
- *abel.akindejoye@caritas-bueren.de*

Über den Autor

Als interkultureller Promotor für den Regierungsbezirk Detmold setzt sich Yammen Al Shumali schwerpunktmäßig mit den Themen Flucht und Migration auseinander. Mit seinen Projekten und Veranstaltungen möchte er einerseits die Öffentlichkeit über Fluchtursachen und Migration aufklären. Anderseits sollen Geflüchtete und Neuzugewanderte darin gestärkt werden, als wirkmächtige Akteur*innen in der Öffentlichkeit aufzutreten.

- *y.alshumali@ibz-bielefeld.de*
- *www.ibz-bielefeld.de*

Italien: Schwere Formen der Ausbeutung im Obst- und Gemüseanbau

Wiederholte Vergewaltigung durch Vorgesetze – erzwungen teils unter Waffengebrauch oder Androhung von Jobverlust – 12-Stunden-Schichten im Gewächshaus bei extremer Hitze, ausbleibende Lohnzahlungen und menschenunwürdige Unterkünfte. Die aus Rumänien stammenden und in Gewächshäusern in der Provinz Ragusa auf Sizilien arbeitenden Erntehelferinnen, die 2017 für eine Recherche der britischen Zeitung Guardian interviewt wurden, brachten erschreckende Zustände in Italiens Gemüseanbau ans Tageslicht. Proxyma Association, eine Nichtregierungsorganisation, die sich in Italien für die Rechte von Migrant*innen einsetzt, schätzt, dass über die Hälfte der Rumäninnen, die in Ragusa in Gewächshäusern arbeitet, zu sexuellen Beziehungen mit ihren Arbeitgebern gezwungen wird. Hohe Abtreibungsraten unter dieser Bevölkerungsgruppe untermauern die Beobachtung.
Finanzielle Not, örtliche Abgeschiedenheit, die Angewiesenheit auf jegliche Einkommensquelle, kaum alternative Beschäftigungsmöglichkeiten, ein begrenzter Zugang zu Informationen: All dies lässt Arbeiterinnen schweigen über das Leid, das ihnen angetan wird, nimmt ihnen die Freiheit, den ausbeuterischen und erniedrigenden Verhältnissen zu entfliehen.

Weniger als 25 Euro Tageslohn
Italien ist Europas größter Produzent von Obst und Gemüse. Sklavenähnliche Arbeitsverhältnisse auf dortigen Plantagen drangen in den vergangenen Jahren immer wieder ans Licht der Öffentlichkeit: Im Jahr 2010 protestierten im süditalienischen Ort Rosarno 2000 zumeist afrikanische Saisonarbeiter*innen gegen ihre unmenschlichen Arbeits- und Lebensbedingungen, nachdem zwei Unbekannte auf die Arbeiter*innen geschossen hatten. Die Bevölkerung des von Zitrusfruchtplantagen umgebenen Orts reagierte mit Angst und Gewalt auf die Protestierenden. 66 Menschen wurden bei den Auseinandersetzungen zum Teil schwer verletzt. Reportagen über die Orangenernte in der Umgebung von Rosarno legten in den Folgejahren desaströse Arbeitsbedingungen offen: Die zumeist aus afrikanischen Staaten stammenden Erntehelfer*innen verdienten weniger als 25 € am Tag. Einige lebten in Camps ohne fließend Wasser oder Elektrizität, andere in verlassenen Häusern oder Fabrikruinen, wieder andere schliefen im Freien. Ähnliche Bedingungen wurden auch von Arbeiter*innen geschildert, die an der Westküste Siziliens in Olivenhainen oder Gewächshäusern im Auberginen-Anbau arbeiten oder im Tomatenanbau in der süditalienischen Region Basilicata. Migrant*innen aus Indien, die in der landwirtschaftlichen Gegend rund um Latina südlich von Rom tätig sind, schilderten, dass sie sieben Tage die Woche für einen Stundenlohn von 3–3,50 € zu arbeiten haben.

Migrant*innen ohne regulären Aufenthaltsstatus besonders betroffen
Muster, die in Ausbeutung führen, beginnen bereits in der Rekrutierung der Arbeiter*innen: Mittelsleute (caporali) werben im Auftrag der Landbesitzer*innen Plantagenarbeiter*innen an. Oft bereichern sie sich selbst, indem sie eine Vermittlungsgebühr von den Beschäftigten verlangen, die von deren ohnehin geringen Lohn abgeht. Teils müssen die Arbeiter*innen Kredite aufnehmen, um die durch die Gebühren verursachten Schulden zurückzuzahlen. All dies führt zu gestiegener Abhängigkeit vom Arbeitgeber. Die ausbeuterische Behandlung hält während des Arbeitsverhältnisses an, wenn Arbeiter*innen für ihren täglichen Transport Gebühren zahlen müssen oder auch für ihr Trinkwasser. Polizei und Staatsanwälte bestätigen, dass die Mittelsleute oft mit Mafia-Strukturen verbunden sind. Insbesondere Migrant*innen ohne regulären Aufenthaltsstatus haben kaum eine Möglichkeit, sich gegen die ausbeuterischen Systeme zu wehren. Ihnen droht die Abschiebung, wenn sie ihren Arbeitgeber, etwa bei ausbleibender Lohnzahlung, anzeigen.
Neben mangelnder Kontrolle durch italienische Behörden und eine die ausbeuterischen Bedingungen begünstigender Migrationspolitik tragen auch internationale Produktions- und Lieferketten Mitschuld an

der Situation der Arbeiter*innen: Bekommt ein Landwirt in Foggia 19 Cent für ein Kilo geerntete Tomaten, so zahlen Konsument*innen in Supermärkten ein Vielfaches. Das Preisdiktat internationaler Handelsketten schlägt sich in den Niedriglöhnen der Beschäftigten nieder.

Politik und Wirtschaft müssen Verantwortung übernehmen

Höchste Zeit also, dass Unternehmen und Einzelhandel Verantwortung übernehmen. Erster Schritt, so ein kürzlich veröffentlichtes Ratgeberpapier für Unternehmen, ist die Rückverfolgung der Lieferkette. Viele Unternehmen kennen nur ihren direkten Zulieferer des Agrarprodukts, aber nicht die ursprünglichen Plantagen. Auf ihnen jedoch findet das Gros der Menschenrechtsverletzungen statt. Menschenrechtliche Standards müssen auch für diese erste Stufe in der Lieferkette vertraglich eingefordert und kontrolliert werden. Besonderes Augenmerk ist auf die Rekrutierungspraktiken der Plantagenbetreiber*innen zu legen. Inzwischen kann hierbei auf internationale Standards zurückgegriffen werden, die auf die 2012 von den Vereinten Nationen verabschiedeten „Prinzipien von Dhaka für Migration in Würde“ Bezug nehmen. Unternehmen sollten mit Plantagenbetreibern vereinbaren, dass Arbeiter*innen direkt angestellt werden. So können die durch den Einsatz von Mittelsleuten entstehenden Abhängigkeiten vermieden werden. Ebenso wichtig wie die Kontrolle der Lieferkette sind Geschäftsmodelle, die einkalkulieren, dass menschenwürdige Arbeitsbedingungen nicht zu Dumpingpreisen zu erhalten sind.

Für menschenwürdige Lieferketten muss schließlich Politik den nötigen Rahmen setzen. Ein Gesetz zur menschenrechtlichen Sorgfalt in Deutschland etwa würde auch Verarbeiter von italienischem Obst und Gemüse und Supermarktketten hierzulande verpflichten, die Lieferketten ihrer Produkte bis zur Plantage zurückzuverfolgen und Maßnahmen gegen Menschenrechtsverstöße zu ergreifen. In Frankreich gibt es für sehr große Unternehmen bereits ein solches Sorgfaltspflichtengesetz. Und in Großbritannien existiert seit 2015 eine verbindliche Regelung speziell zu Formen moderner Sklaverei: Der Modern Slavery Act verpflichtet Unternehmen zu berichten, wie sie gegen Zwangsarbeit, Sklaverei und Menschenhandel in der Lieferkette vorgehen.

Auch auf Ebene der Europäischen Union ist Handeln erforderlich. So stellten Recherchen des Bayerischen Rundfunks kürzlich fest, dass die Europäische Union Obst- und Gemüseanbaubetriebe in Spanien und Italien mit millionenschweren Subventionen unterstützt, obwohl sie gegen Lohn- und Arbeitsschutzvorschriften verstoßen. Damit menschenunwürdige Arbeitsbedingungen nicht auch noch durch Steuermittel gefördert werden, muss diese Vergabe dringend stärker kontrolliert werden.

Links (Auswahl):

- *http://www.amnesty.eu/content/assets/181212_Italy_exploitation_of_migrant_workers_-_Report.pdf*
- *https://www.freitag.de/autoren/the-guardian/europas-neue-sklavinnen*
- *https://www.loening-berlin.de/wp-content/uploads/2018/04/Loening_Knowledgepaper_Agrar.pdf*
- *https://www.news.at/a/europas-neue-sklaven-8297108*
- *https://www.br.de/nachrichten/eu-millionen-fuer-ausbeuter-dreckige-geschaefte-in-der-landwirtschaft-100.html*

Über die Autorin

Eva-Maria Reinwald ist Fachpromotorin für Globale Wirtschaft und Menschenrechte beim SÜDWIND-Institut für Ökonomie und Ökumene.

- *reinwald@suedwind-institut.de*
- *www.suedwind-institut.de*

*Mali: Saisonarbeiter*innen für Spanien*

Nicht nur in Italien - wie im vorigen Beitrag beschrieben - werden afrikanische Migrant*innen in der landwirtschaftlichen Produktion eingesetzt. In Mali etwa arbeitet die EU sogar mit den Behörden vor Ort zusammen, womit die Rekrutierung der Arbeitskräfte de facto bereits auf afrikanischem Boden beginnt. Die malische Arbeitsagentur ANPE (Agence nationale pour l'emploi) kooperiert mit dem von der EU initiierten Migrationssteuerungszentrum CIGEM (Centre d'Information et de gestion des migrations) von Beginn an. Seit dem Jahr 2008 versucht es in Malis Hauptstadt Bamako erstmals von subsaharischem Boden aus, die Migration nach Europa den Bedürfnissen des EU-Arbeitsmarktes entsprechend zu regulieren. Die Arbeitsagentur unterstützt CIGEM dabei, Malier*innen sowie andere Afrikaner*innen den Bedürfnissen der spanischen Landwirtschaft entsprechend zu vermitteln oder bereit zu halten („fixer les migrants potentiels" (O-Ton aus einem bereits 2010 geführten Interview mit einem ANPE-Mitarbeiter)). Die exportorientierte Landwirtschaft in Spaniens Süden sowie auf den Kanaren wird schon lange zu einem Großteil von Arbeiter*innen aus Lateinamerika sowie aus Afrika (einschließlich Nordafrika) verrichtet, wobei jeweils Arbeitsverträge zwischen drei Monaten und maximal einem Jahr abgeschlossen werden. Diese temporäre beziehungsweise zirkuläre Migration würde dafür sorgen, dass die Arbeiter*innen nicht heimisch werden. Wenn sich Arbeiter*innen bewähren würden, hätten sie Aussicht darauf, wieder eingestellt zu werden. Dies würde die Arbeitsmoral der Beschäftigten steigern.
Bei der Herkunft der Arbeiter*innen zeichnet sich seit einigen Jahren ein Wandel ab: Lateinamerikanische Arbeiter*innen würden allmählich durch kostengünstigere Afrikaner*innen ersetzt, die man aufgrund der geografischen Nähe auch leichter zu temporärer oder zirkulärer Migration bewegen könne, wobei der vermeintliche Nachteil, dass Letztere kein Spanisch verstehen, sogar dabei helfe, unerwünschten Integrationsversuchen entgegenzuwirken. Afrikaner*innen könnten schwerer untertauchen und bei Nichtbedarf („pendant la saison morte") einfacher zurückgeschickt werden. So werde die spanische Landwirtschaft in die Lage versetzt, noch kostengünstiger zu produzieren. Dass dieses Modell noch ausbaufähig ist, veranschaulicht Folgendes: Vertreter*innen der spanische Agrarindustrie besichtigten bereits landwirtschaftlich nutzbares Land in Mali, denn auch Spanien ist zunehmend von Wüstenbildung und einer damit verbundenen

Degradierung der Böden konfrontiert. In Lateinamerika ist Spanien schon „weiter": So würde bereits heute ein Großteil der „spanischen Zwiebeln" aus Chile, Ecuador und Kolumbien stammen. Ein eindeutiger Vorteil hierbei sei die unbegrenzte Verfügbarkeit billiger Arbeitskräfte vor Ort, für die noch weniger Verantwortung übernommen werden müsse als in Europa. Außerdem könne damit die mögliche Gefahr des Untertauchens von Migrant*innen (oder auch die Weiterreise in andere Länder West- und Mitteleuropas) von vornherein unterbunden werden.
Was die Bezahlung der über die ANPE vermittelten Arbeiter*innen angeht, so werde dies durch eine Konvention, die zusammen mit der spanischen Seite erarbeitet worden ist, geregelt. Allerdings sei die Mehrheit in der spanischen Landwirtschaft trotz der erwähnten Regulierungsversuche dennoch nach wie vor illegal beschäftigt. Ihre Bezahlung sowie ihre Absicherung seien definitiv niedriger. Dennoch würden viele auch unter miserablen Bedingungen bleiben, wenn sie es einmal geschafft hätten, nach Europa zu gelangen. Dafür ist nicht zuletzt eine zunehmend restriktive Einwanderungspolitik verantwortlich.

(Beitrag basiert auf einem Text aus: Serge Palasie; Migration in und über Westafrika – Theorien, Illusionen und Realitäten; Verlag Dr. Müller, Saarbrücken 2011)

Bild: ANPE in Bamako 2010

Libyen: Ein Trauma lebt wieder auf und die Welt schaut weg

Rund um den Globus ist „klassische“ Besitzsklaverei offiziell abgeschafft worden. In der christlich-abendländisch geprägten Welt tat dies Brasilien zuletzt im Jahre 1888. In der islamisch-arabisch geprägten Welt geschah dies im Laufe des 20. Jahrhunderts, zuletzt in Mauretanien, wo das Problem aber trotz mehrfacher Verbote seit Beginn der 1980er Jahre immer noch aktuell ist (siehe Beitrag dazu in dieser Broschüre). Heute existieren jedoch zumeist inoffiziellere Formen der Ausbeutung wie politische Gefangenschaft, Kinderarbeit, Zwangsprostitution, Rekrutierung von Kindersoldaten und Zwangsarbeit. Nach dem Global Slavery Index 2016 sind 45,8 Millionen Menschen weltweit von „moderner“ Sklaverei betroffen. Die Dunkelziffer dürfte viel höher sein.
Seit Anfang 2017 warnt die Internationale Organisation für Migration (IOM) vor einem modernen Sklavenhandel in Libyen. Das ganze Ausmaß dieser Tragödie ist derzeit aber noch nicht sichtbar. Für viele Menschen auf der Flucht, insbesondere aus Guinea, Senegal, Mali, Niger, Nigeria, Gambia und Eritrea, ist Libyen ein Transitland, um über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen.
Laut Berichten der IOM sind tausende Geflüchtete in Lagern mit systematischer Mangelernährung, Zwangsarbeit, sexuellem Missbrauch bis hin zum Mord konfrontiert. Frauen sollen in die Prostitution gezwungen und vergewaltigt werden.

400 Dollar für einen Sklaven

Ende 2017 sorgte ein Video, das dem US-Fernsehsender CNN zugespielt wurde, für einen kurzen öffentlichen Aufschrei. Es zeigt Bilder, in denen Menschen in Libyen als Sklaven verkauft wurden. 400 US-Dollar ist in dem Video ein Menschenleben wert. Es kursierten ferner Videos, in denen Menschen gefoltert und deren Angehörige erpresst wurden, Lösegeld zu zahlen.
Die Videos sind keinesfalls Einzelfälle und deckten sich mit den Berichten der IOM und vieler entkommener Geflüchteter, die wir bei Migrafrica im Rahmen unserer Beratungstätigkeit unterstützen.
Diese Nachrichten lösten eine weltweite Empörung und Demonstrationen von der malischen Hauptstadt Bamako bis in die afrikanische Diaspora von Paris und Berlin aus. Mali, Burkina Faso und Niger haben als Reaktion ihre Botschafter aus Tripolis abberufen. Durch die mediale Berichterstattung und das darauffolgende Echo wurden internationale Entscheidungsträger*innen unter Druck gesetzt und konnten ihre Augen vor den längst bekannten Zuständen in Libyen nicht mehr schließen.
Am 29.11.2017 wurde daher ein EU-Afrika-Gipfel in Abidjan (Elfenbeinküste) anberaumt. Mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, weiteren europäischen und afrikanischen Staats- und Regierungschefs, UN-Generalsekretär António Guterres sowie Vertretern von EU und Afrikanischer Union (AU) sollte ein gemeinsamer Aktionsplan gegen den Sklavenhandel entwickelt werden.
Nach dem Treffen wurde jedoch deutlich weniger über die aktuelle Lage in Libyen berichtet. Eine Pressemitteilung der Europäischen Kommission meldete am 29.05.2018, dass die EU mit dem UNHCR im Rahmen des Nothilfe-Transitmechanismus bisher 1.287 Geflüchtete aus Libyen nach Niger evakuiert habe und davon 108 Personen in Europa neu angesiedelt werden sollen. Parallel dazu hat die EU gemeinsam mit der Internationalen Organisation für Migration 22.000 Migrant*innen, die entlang der Migrationsrouten gestrandet waren, bei der freiwilligen Rückkehr in ihre Heimat und bei der Wiedereingliederung dort geholfen. Ferner hat die EU einen Nothilfe-Treuhandfonds für Afrika in Höhe von 237 Mio. EUR für Programme bereitgestellt, die sich mit den Herausforderungen in Libyen befassen. Mangels handlungsfähiger Regierung und eines funktionierenden Rechtsstaats ist es jedoch schwer einzuschätzen, ob dies etwas an den gegenwärtigen Zuständen in Libyen ändert.
Über die Situation in Libyen erfährt man Mitte 2018 nur noch sehr wenig. Der Aufschrei ist abgeklungen. In Libyen lebt das menschenverachtende historische Trauma der Sklaverei nach über 150 Jahren wieder auf und die Welt schaut weg.

Gründe für Libyens Destabilisierung

Die desaströsen Zustände in Libyen sind ein Resultat der Destabilisierung der Region während des „Arabischen Frühlings” und der Einsätze der NATO mit Frankreich an der Spitze. Die libysche Revolution war nicht nur der Kampf gegen die Herrschaft des Diktators Muammar al-Gaddafis, sondern auch ein Bürgerkrieg zwischen Anhängern und Gegnern des Regimes. Die Aufstände endeten nach dem Tod Gaddafis im Jahr 2011. Der politische Übergangsprozess nach der Revolution ist jedoch gescheitert. Es existieren keine staatlichen Strukturen mehr in Libyen. Diverse Gruppierungen kämpfen seither um die Macht und die seit Dezember 2015 amtierende international anerkannte Einheitsregierung hat eine nur begrenzte Entscheidungsmacht. Bewaffnete Milizen und Warlords

schaffen permanent neue rechtsfreie Räume in Libyen. Folglich hat keine der „Regierungen" in Libyen ausreichend territoriale Kontrolle über das Land, um Sicherheit für die schutzsuchenden Menschen zu garantieren.

Grenzschutz: Keine Alternative zur Bekämpfung von Fluchtursachen

Die drastische Abnahme der Anzahl in Europa ankommender Geflüchteter ist kein Indiz dafür, dass weniger Menschen fliehen. Ganz im Gegenteil. Die Zahlen der Menschen, die weltweit auf der Flucht sind, haben sich sogar erhöht (2016: 65,6 Millionen, 2017: 68,5 Millionen). Der EU-Außenpolitik liegt nun sehr viel daran,

die Menschen um jeden Preis aus der EU rauszuhalten, anstatt die Bekämpfung der vielfältigen Fluchtursachen auf die politische Agenda zu schreiben. Nicht nur durch den „Türkei-Deal" versucht die EU, die schutzsuchenden Menschen außerhalb der eigenen Grenzen zu halten, sondern auch durch Deals mit Staaten, in denen regionale Warlords oder Diktatoren herrschen, werden schwere Menschenrechtsverletzungen in Kauf genommen. Auch die sog. Einheitsregierung Libyens ist ein solcher Partner der EU. Die von der EU finanzierte, ausgebildete und massiv aufgerüstete libysche Küstenwache sammelt Geflüchtete im Mittelmeer ein und bringt sie in libysche Gefängnisse/Lager, wo sie dem Missbrauch vonseiten unzähliger lokaler Milizen und krimineller Banden ausgesetzt sind.
Die EU, folglich auch Deutschland, machen sich durch ihre Unterstützung wissentlich zu Komplizen dieser kriminellen Machenschaften.
Es bleibt nun abzuwarten, ob die Teilnehmenden des EU-Afrika-Gipfels vom 29.11.2017 ihren Aktionsplan auch hinreichend umsetzen. Die historische Sklaverei beruhte auf einem rechtlich anerkannten Besitzverhältnis über die versklavten Menschen. Die Bilder, die Ende 2017 um die Welt gingen, haben uns vor Augen geführt, dass im 21. Jahrhundert die Sklaverei de facto nicht abgeschafft ist. Die internationale Gemeinschaft darf solche Zustände, insbesondere im Hinblick auf die derzeitige EU-Flüchtlingspolitik, nicht hinnehmen und muss sich ihrer Verantwortung nach dem Sturz Gaddafis bewusst sein. Dieses Thema darf insbesondere in den öffentlichen Medien nicht in Vergessenheit geraten. Dass über die Menschenrechtsverletzungen in Libyen aktuell nicht berichtet wird, heißt nicht, dass diese Zustände nicht länger anhalten. Die Medien sind hier die wichtigste Informationsquelle der Öffentlichkeit und haben die Verantwortung, stetig über solche Menschenrechtsverletzungen zu berichten, damit die Öffentlichkeit darauf reagieren kann und politischer Druck ausgeübt werden kann. Wir dürfen nicht wegschauen. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Versklavung von Menschen in libyschen Lagern ignoriert wird und die EU auch noch aktiv dazu beiträgt, Menschen in diese Lager zu verbringen. Bringt sie sich sogar finanziell ein, um eine Flucht von Menschen über das Mittelmeer zu verhindern, ist es auch ihre Pflicht, dafür Sorge zu tragen, dass eine menschenwürdige Behandlung gesichert ist.

Links (Auswahl):

- *http://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54649/libyen*
- *https://www.proasyl.de/news/menschenrechte-verschwinden-wie-die-eu-das-recht-auf-asyl-untergraben-will/*
- *http://www.unhcr.org/statistics/unhcrstats/5b27be547/unhcr-global-trends-2017.html*
- *https://www.globalslaveryindex.org/findings/*
- *https://www.zeit.de/politik/ausland/2017-11/fluechtlinge-libyen-cnn-sklavenhandel-eu-frederica-mogherini-afrikanische-union-un-sicherheitsrat*
- *https://ec.europa.eu/germany/news/20180312libyen_de*

Bild: Migrationsrouten von Afrika nach Europa

Über die Autorin

Dorsa Moinipour ist interkulturelle Promotorin für den Regierungsbezirk Köln. Trägerverein ist Migrafrica e.V.

moinipour@migrafrica.org
http://migrafrica.org/category/startseite/

Mauretanien: Religion als Vorwand für Sklaverei

Neben Iran und Pakistan ist Mauretanien das dritte Land der Welt, das den Namen Islamische Republik trägt. Im westafrikanischen Mauretanien wird die „traditionelle“ Besitzsklaverei heute noch betrieben. Offiziell ist sie dort 1981 abgeschafft worden. Sie betrifft in erster Linie die Bevölkerungsgruppe der Haratin (Bezeichnung für Nachkommen von schwarzen Sklav*innen). Auf der oberen Seite der Gesellschaftspyramide stehen die hellhäutigeren Mauren.
Diese rassistische Form der Sklaverei mit Menschen aus Subsahara-Afrika wurde erstmals in der arabisch-islamischen Welt bedeutend. Der transatlantische Sklavenhandel folgte erst viel später. Beide Systeme haben je nach Schätzung 12-15 Millionen Afrikaner*innen der Sklaverei zugeführt. Auch in Mauretanien nutz(t)en islamische Sklavenhändler eine spezielle Auslegung des Islams, um die Sklaverei religiös zu begründen. Diese Auslegungsthese stammt aus der Zeit zwischen den 9. und 13. Jahrhundert und geht auf den Islamgelehrten Malik Ibnu Anes zurück (711-795, Begründer einer der Rechtsschulen des Islam und Namensgeber der malikitischen Jurisprudenz). Sie wird noch heute in allen islamischen Schulen in Mauretanien gelehrt, in denen Geistliche, Rechtsanwälte und Juristen ausgebildet werden. Auch in Moscheen wird diese Lehre immer noch verbreitet.
Die Sklav*innen werden in die Sklaverei hineingeboren und können vererbt werden. Sie dienen seit Generationen ihren „Herren" als Hausangestellte oder Viehtreiber. Widerstand regt sich nur langsam und der Staat tut nichts gegen den Fortbestand der Sklaverei, auch weil die meisten Entscheidungs- und Würdenträger – inklusive der politischen Elite – selbst Sklav*innen besitzen.
Die mangelnde bzw. nicht vorhandene Bildung der Sklav*innen zementiert dieses System zusätzlich.
Sie haben meistens keine Identitätspapiere und kein Recht auf eigene Unterkunft. Es ist legal, sie zu verkaufen oder zu verschenken. Dies gilt insbesondere für Frauen und Mädchen, die häufig von ihren Besitzern als Sexsklavinnen missbraucht oder Dritten angeboten werden. Der „Herr“ hat das Recht die Kinder, die aus diesen Vergewaltigungen hervorgehen, anzuerkennen, zu verstoßen oder einfach als Mehrung seines Besitzes zu betrachten. Flucht ist oft die einzige Möglichkeit, der Situation zu entkommen.

Fisch aus Sklavenarbeit auf dem Weltmarkt?
Man kann nicht ausschließen, dass Produkte für den Export (auch nach Europa) von Sklav*innen oder von weiteren strukturell ausgebeuteten Gruppen in Mauretanien hergestellt werden. So sind die meisten Arbeiter in der Fischerei schlecht bezahlte Haratin. Die Gewerkschaften sind unter Kontrolle des Staates und weißer Geschäftsmänner (Bidhane), die alles tun, um die Löhne niedrig zu halten. Die zugelassenen Gewerkschaften werden nur von Weißen geleitet, es gibt nur Zeitarbeit und keine festen Arbeitsverträge. Jede Beteiligung an Streiks führt zur Entlassung. Der Staat unterstützt die Arbeitgeber und scheut sich nicht, Sicherheitskräfte einzusetzen, um Aufstände niederzuschlagen.

15 Jahre Haft für Sklaverei-Gegner
Weitere Verschärfungen der Verbote von Sklaverei wurden 2007, 2012, 2015 und 2017 erlassen. Tatsächlich hat sich an der Situation nichts geändert. Die Zahlen der versklavten Personen schwanken zwischen 150 000 und 600 000 bei einer Gesamtbevölkerung von fast vier Millionen. Eine genaue Zahl gibt es nicht, da es verboten ist, vor Ort zu recherchieren oder zu berichten. Internationale Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International (AI), Anti-Slavery International (ASI) sowie die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) haben immer wieder mit Enttäuschung auf die starre Haltung des Landes reagiert und den Schutz von Sklaverei-Gegnern verlangt.
Trotz internationalem Druck wurden fünf Menschenrechtsaktivisten (Amadou Tidjane Diop, Abdallahi Matallah Seck, Moussa Bilal Biram, Jemal Bleyil Samba, Abdoulaye Abou Diop) am 18. August 2016 zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt, während Sklavenhalter

zum Teil mit drei Monaten Haft davonkommen.

„Lippenbekenntnisse an die internationale Gemeinschaft“
Vertreter*innen ausländischer Menschenrechtsorganisationen werden immer wieder an der Einreise gehindert. Journalist*innen und Reporter*innen werden verhaftet, Experten des UNO Hochkommissariats für Menschenrechte werden in die Irre geführt und diffamiert. Das Land hat alle internationalen Konventionen zu Menschenrechten unterschrieben und sogar spezielle Justizgerichte ausschließlich für die Behandlung von Sklaverei-Fällen installiert. Bis heute aber verweigern Polizisten die Annahme von Anzeigen, Staatsanwaltschaften geben wissentlich falsche Auskünfte und behindern die Ermittlungen. Behörden schüchtern Kläger ein und Gerichte verwässerten die Anklagen gegen die Sklavenhalter. Anti-Sklaverei-Organisationen werden kriminalisiert, ihre Aktivisten lächerlich gemacht, bedroht und inhaftiert, dem Risiko von Folter und Tod ausgesetzt. In den staatlichen Medien wird die Bevölkerung davor gewarnt, sich Organisationen anzuschließen, die gegen Sklaverei kämpfen. Angesichts dieser Lage sprach die ehemalige UN-Sonderberichterstatterin für Sklaverei, Gulnara Shahinian, 2011 von dem Gesetz als einem „Lippenbekenntnis an die internationale Gemeinschaft“.

Keine Abschaffung ohne politischen Willen
Wenn das Land die Sklaverei und die damit verbundene rassistische Ausgrenzung von Haratin wirklich bekämpfen will, ist ein spezieller Maßnahmenplan unabdingbar. Folgende Maßnahmen könnten dabei berücksichtigt werden:
- Offizielle Anerkennung der Existenz der Sklaverei und Durchführung bewusstseinsbildender Kampagnen zur Illegalität der Sklaverei. Ziel: gesellschaftliche und politische Ächtung der Sklaverei,
- Bildungsmaßnahmen zu Menschenrechten für (ehemalige) Sklav*innen, Aufbau von (Selbst-)Vertrauen. Ziel: Missbrauch öffentlich machen und eigene Rechte einfordern,
- Schulung der Polizei-, Verwaltungs- und Justizbehörden. Ziel: effiziente und effektive Verfolgung gemeldeter Fälle,
- Recht auf Zivilklagen, auch durch Menschenrechtsorganisationen, da die Angst der Sklav*innen oftmals zu groß ist, ihre Sklavenhalter anzuklagen,
- Bereitstellung von Unterkünften und finanzieller Unterstützung für geflohene und befreite Sklav*innen für eine Übergangszeit,
- Bereitstellung von Rechtsbeistand bei Klagen/Prozessen gegen Sklavenhalter,
- Psychologische Beratung zur Bewältigung der erlebten Traumata,
- Veranlassung von Entschädigungszahlungen an Opfer der Sklaverei,
- Monitoring hinsichtlich der Umsetzung der Gesetze.

Links (Auswahl):
- *https://www.gfbv.de/de/news/sklaverei-in-mauretanien-abschaffen-2408/*
- *http://www.gfbv.de/de/informieren/zeitschrift-bedrohte-voelker-pogrom/305-50-jahre-gesellschaft-fuer-bedrohte-voelker/*
- *https://www.facebook.com/S-O-S-Esclaves-Mauritanie-136790999749061/*
- *http://www.gfbv.de/*
- *http://www.iramauritanie.org/*

Bild: Aus der Sklaverei befreit

Über den Autor

Abidine Ould-Merzough (48) ist Ingenieur bei Ford in Köln. Er ist Ehrenmitglied der GfbV-Gesellschaft für bedrohte Völker e.V., aktives Mitglied der mauretanischen Antisklaverei Organisation SOS Esclaves und ehemaliger Europa-Koordinator der „Initiative zur Wiederbelebung der Bewegung für die Abschaffung der Sklaverei“ (IRA-Mauritanie).

Demokratische Republik Kongo: Die Situation von Kindersoldaten

Kindersoldaten prägen schon lange das Bild der Demokratischen Republik Kongo (DRK) mit. Ihr Anteil innerhalb bewaffneter Gruppen im Ostkongo und der Provinz Kasai beträgt laut Schätzungen sogar 30 Prozent (UNICEF, 2016). Einerseits treiben Propaganda, Manipulation und falsche Versprechungen nicht wenige Eltern und Kinder in die Arme skrupelloser Milizen. Andererseits werden Kinder aber auch gezwungen, ihre Familien und ihre Schulen zu verlassen, um in den Reihen bewaffneter Milizen – zum Teil auch in der regulären Armee – zu dienen. So endet ihre Kindheit oft für immer. Eltern, die sich dagegen wehren, werden meist getötet. In der DRK ist es sehr schwer, festgefahrene Strukturen und Zwänge aufzubrechen. Weiterhin werden mehrere tausend Kinder „freiwillig" oder unter Zwang von verschiedenen bewaffneten Gruppen und Milizen als Kämpfer, Träger, Spione, Köche oder Sexsklavinnen im Zentrum und im Osten des Landes rekrutiert und eingesetzt.
Das leider zum Alltag gewordene Phänomen ist verheerend für das Leben und die Zukunft der Kinder, ihrer Familien und des Landes.
Dieser Umstand geht auf die Jahre des politisch-militärischen Chaos nach der politischen Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1960 zurück. Kinder wurden von Rebellengruppen „rekrutiert", später dann oft in die reguläre Armee integriert. Letzteres ist auch heute noch so: Viele ehemalige Kindersoldaten nehmen mittlerweile selbst führende Positionen in Armee und Regierung ein.

„Neue Kriege" – Rohstoffe für Handy, Laptop und Co.
Die „Kadogo" (Swahili für „klein") genannten Kindersoldaten wurden zwischen 1996 und 1997 von großen Teilen der Bevölkerung als Befreier oder Helden bejubelt. Sie wurden im sogenannten Befreiungskrieg eingesetzt, in dem das lange von den USA gestützte Regime Mobutu gestürzt wurde. Jener Sturz markierte einen Wendepunkt: Zuvor war das Land 32 Jahre lang autokratisch von einem einzigen Herrscher regiert worden. Nachdem der Kalte Krieg vorbei war, ließen die westlichen Mächte diesen strategischen Verbündeten schnell fallen. Seitdem ist das Land nicht mehr zur Ruhe gekommen. Zunächst kämpften in mehreren offiziellen Kriegen mehrere Nachbarstaaten in teils wechselnden Allianzen um die politische Kontrolle im Kongo. Dann entstand aber allmählich das, was heute als „Neue Kriege" bezeichnet wird: Zunehmend ging es nicht mehr um den offiziellen Sieg eines Staats oder einer Allianz aus Staaten. „Neue Kriege" werden durch oftmals verdeckt unterstützte Milizen geführt. Ziel ist der Zugang zu den Bodenschätzen eines Staats bzw. einer Region. Dabei wechselt eine Miliz die andere ab. Wechselnde Bündnisse machen die Situation unüberschaubar. Destabilisierung und humanitäre Probleme nehmen in solchen Gebieten zu. Vielfach werden Waffenkäufe durch den Verkauf der erbeuteten Rohstoffe finanziert.
Die Streitkräfte der Kabila-Regierung stellen im Osten der DRK – einem Land, das so groß ist wie Mitteleuropa – nur eine von vielen bewaffneten Parteien dar. Heute herrschen allein in den zwei Kivu-Provinzen 120 bewaffnete Gruppen und Milizen. Sie beuten die Kinder u.a. auch als Schürfer von Rohstoffen oder als Wächter in den Minen aus. Alle Provinzen des Ostkongos sind reich an Rohstoffen wie etwa Coltan, das man für die Herstellung von Handys, Laptops etc. benötigt. Auch der Abbau von Gold und anderen Bodenschätzen spielt eine Rolle, während der Kupfer- und Kobaltabbau im Süden, der schon in der Ära Mobutu staatlich organisiert worden war, auch heute noch die Staatskassen füllt. Die unübersichtliche Lage insbesondere in diesen östlichen Provinzen der DRK, die durch die de-facto-Abwesenheit des staatlichen Gewaltmonopols gekennzeichnet ist, nutzt neben den Profiteur*innen vor Ort auch den Akteur*innen auf dem Weltmarkt: Würden geordnete Verhältnisse herrschen, wären die Rohstoffe, die transnationale Konzerne für die Herstellung ihrer Hightech-Produkte benötigen, um ein Vielfaches teurer. Die Mehrkosten würden am Ende auch an die Konsument*innen weltweit weitergegeben werden.

Reintegration der Opfer – Bestrafung der Täter
UNICEF ist besonders besorgt über die Anzahl der betroffenen Kinder. Anfang 2003 wurde von über 300.000 Kindersoldaten weltweit berichtet, davon mehr als 30.000 in der DRK. Psychische und physische Verletzungen sowie ein oftmals langjähriger, durch Zwang verursachter Drogenmissbrauch haben schwerwiegende Schäden hinterlassen und erschweren die Reintegration eines Kindersoldaten.
Kinder aus den Streitkräften zu befreien und ihnen bei der Überwindung ihrer Traumata zu helfen, ist ein Anliegen von UNICEF. Gemeinsam mit der Regierung, den Kirchen und anderen Partnern setzt UNICEF sich für die Demobilisierung und Wiedereingliederung in die kongolesische Gesellschaft ein. Das Programm hat die Lage punktuell verbessert. Das Motto lautet: „Der Platz eines Kindes ist in der Familie und in der Schule“
Die Schaffung von Schulen und Berufsschulen ist für die Integration sehr wichtig; ebenso die psychologische Begleitung durch UNICEF, NGOs, die Zivilgesellschaft und die Bevölkerung.

Laut Verfassung und anderer Gesetze der DRK sowie durch internationale Instrumente genießen Kinder theoretisch besonderen Schutz. Die DRK unterzeichnete etwa die Konvention der Kinderrechte und die afrikanische Charta für den Schutz des Kindes. Trotz der Existenz mehrerer Protokolle und anderer internationaler Rechtsinstrumente ist die Situation der Kinder im Kongo dennoch nicht zufriedenstellend. Es mangelt an der Umsetzung der Gesetze und Abkommen. Denn das Justizsystem des Landes funktioniert nicht gut. Armut, Analphabetismus und insbesondere schlechte Regierungsführung tun ein Übriges, um das „System der Kindersoldaten“ aufrechtzuerhalten.
Die Situation wird weiterhin zu beobachten sein. Immerhin wurde auch die internationale Gemeinschaft auf das Problem aufmerksam. So hat der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag 2006 Thomas Lubanga verhaftet und mit lebenslanger Haft bestraft. Dieser ehemalige Führer der Miliz „Patriotische Kräfte für die Befreiung des Kongos“ hatte zahlreiche Kinder unter 15 Jahren im Osten der Demokratischen Republik Kongo zwischen September 2002 und August 2003 als Soldaten zwangsrekrutiert.
Die fortwährende Verletzung von Kinderrechten stellt sowohl eine Gefahr für die gesunde Entwicklung einer großen Zahl von Kindern als auch für die weitere Entwicklung der DRK als Ganzes dar. Eine Kultur der Gewalt, die schon im Kindesalter erlernt wird, breitet sich immer weiter aus. Aber können wirkliche Zukunftsperspektiven in einem Land entstehen, in dem die Jugend als die Zukunft einer Gesellschaft vielfach systematisch an Gewalt als Lösung von Konflikten gewöhnt worden ist?

Link (siehe Beitrag ab Seite 29):
https://eine-welt-netz-nrw.de/fileadmin/ewn/data/Themen/Flucht_Migration/Schwarz-ist-der-Ozean_Flucht_Brosch%C3%BCre-2014.pdf

Bilder: Coltanabbau im Osten der Demokratischen Republik Kongo

Über den Autor

Dr. Jean-Gottfried Mutombo (54) ist ein gefragter Gesprächspartner in Menschenrechtsfragen. Er engagiert sich in Friedensinitiativen in der Demokratischen Republik Kongo (DRK) sowie für einen gerechten und nachhaltigen Umgang mit Ressourcen und eine verantwortliche Konsumkultur. Er stammt aus der DRK und arbeitet seit 2017 als Regionalpfarrer im Amt für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung (MÖWe) der Evangelischen Kirche von Westfalen.

Tourismus: Die schönsten Tage des Jahres?

In der Agenda 2030 spielt Tourismus an gleich mehreren Stellen eine Rolle. Die sogenannte „weiße Industrie“ kann zum Erreichen der Nachhaltigen Entwicklungsziele beitragen, sowohl in wenig erschlossenen Gegenden als auch an Urlaubshochburgen. Tourismus ist einer der wichtigsten Wirtschaftszweige weltweit. Doch es gibt zunehmend negative Schlagzeilen aus den Ländern des Südens sowie aus Europa und Deutschland: Neben Umweltsünden gehören Verstöße gegen Menschen- und Arbeitsrechte immer häufiger zum Alltag in den Reiseländern, während Tourist*innen „die schönsten Tages des Jahres“ erleben.
Über 100 Millionen Menschen arbeiten in Hotels und Pensionen oder Reiseagenturen. Geschätzt weitere 100 Millionen Jobs hängen am Tourismussektor – durch die Belieferung der Restaurants oder den Transport der Reisenden, oft geprägt von prekären Arbeitsbedingungen und in der Regel nur saisonal. Weltweit sind mehr als 50 Prozent der im Tourismus Beschäftigten Frauen – an manchen Reisezielen sogar über 70 Prozent. Noch einmal beinahe 50 Millionen Menschen arbeiten im informellen Sektor der Reisebranche – ohne jegliche Rechtssicherheit beispielsweise die fliegenden Händler*innen an Bahnhöfen oder touristischen Attraktionen und auch diejenigen, welche mit Prostitution ihren Lebensunterhalt bestreiten.
https://www.fairunterwegs.org

Eine Seefahrt, die ist lustig?
Nicht immer für alle. Für die einen sind es vier Traumziele in acht Tagen, Candlelight Dinner, Ferienprogramm auf dem Sonnendeck – für die anderen bedeuten Kreuzfahrten nicht enden wollende Arbeitstage, Hungerlöhne und Ausbeutung. Trinkgelder sollen den Lohn der Crewmitglieder von zum Teil unter zwei Euro pro Stunde aufbessern. Das ist möglich, da viele Kreuzfahrtschiffe unter der Flagge von Ländern in See stechen, in denen es kaum Gesetze zur Einhaltung von Menschen- und Arbeitsrechten gibt. Der Profit steht im Vordergrund und der Sitz der Reederei wird dahin verlegt, wo die Steuern günstig sind. Das macht es beinahe unmöglich, gegen Verstöße vorzugehen, wenn Arbeitsrechte nicht eingehalten oder Sozialleistungen nicht bezahlt werden.
https://www.tourism-watch.de

Wer putzt Mallorca?
Spaniens Tourismus boomt – 16 Millionen Reisende landeten in der ersten Hälfte des Jahres 2018 auf Mallorca. Die Schattenseite: Über 30.000 meist weibliche Reinigungskräfte, die häufig unter unwürdigen Umständen eingesetzt werden. Ein großer Teil ist nicht festangestellt, sondern über Zeitarbeitsfirmen beschäftigt. In diesen Fällen verdienen die Frauen selten mehr als den gesetzlichen Mindestlohn und müssen dafür in immer kürzerer Zeit immer mehr Zimmer putzen. Akkordarbeit und Überstunden sind die Regel und notwendige Pausen und Erholungsphasen entfallen. Für die Reinigungskräfte und Kellner*innen in ganz Spanien setzt sich die Initiative Las Kellys ein. Sie fordern, dass Gesetze eingehalten und Kontrollen durchgeführt werden – ein achtstündiger Arbeitstag und feste Verträge sollen wieder selbstverständlich werden.
https://laskellys.wordpress.com

Tatort Tourismus
Besonders gefährdet sind die jüngsten der Gesellschaft. Tourismus erhöht das Risiko sexueller Ausbeutung von Kindern – im entfernten Asien, Südamerika, dem afrikanischen Kontinent und genauso in Deutschland und Europa. Unfaire Machtstrukturen, enorme Ungleichheiten zwischen den Reisenden und Bereisten, große Armut sowie instabile Familienstrukturen sind der Nährboden dafür. Schutz- und soziale Sicherungssysteme fehlen oftmals. Die Zahl der Kinder, die im Tourismus sexueller Gewalt ausgesetzt sind, ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Die Vorgehensweise der Täter*innen ändert sich unter dem Druck der Öffentlichkeit und zum Teil verschärfter Gesetze. Geschäftsreisende und Urlauber*innen checken zunehmend anonym in ihre Hotels ein. Plattformen wie airBnB bieten wenig bis

keinen Schutz. Neue Wege, die Welt zu entdecken und Länder des Südens zu bereisen, sind vielleicht „besser gemeint“. Sie schaffen jedoch neue Risiken – zum Beispiel durch Homestays in Slums und Townships, Waisenhaustourismus oder Voluntourismus. Für diesen boomenden Teil des Sektors existieren noch keine Regularien und Kontrollen. Durch Sensibilisierung und Kampagnen arbeitet ECPAT gegen das Wegsehen.

- *http://ecpat.de*
- *http://www.jugendinfo.at/wp-content/uploads/2017/10/Lerneinheit_Blickwechsel-auf-meinen-Freiwilligendienst.pdf*

Es geht auch anders

Bereits 2003 wurde die südafrikanische Organisation Fair Trade Tourism als weltweit erstes System zur Überprüfung und Zertifizierung von touristischen Angeboten nach Fairtrade-Kriterien gegründet. Alle am Tourismus Beteiligten sollen einen fairen Anteil an den Gewinnen haben und über das gleiche Mitspracherecht verfügen. Respekt und Verlässlichkeit spielen eine genauso große Rolle wie Transparenz und Nachhaltigkeit – und die Zufriedenheit der Kund*innen ist wichtig. An die 200 Betriebe beteiligten sich im Jahr 2017 und nutzen die Angebote zu Qualifizierung, Vernetzung und gemeinsamer Lobbyarbeit. Große Hotels und Lodges können sich genauso beteiligen wie kleine Pensionen und Anbieter von Touren – über allem das Logo FAIR TRADE TOURISM SOUTH AFRICA. Mittlerweile machen sieben Nachbarländer beim Programm zur Zertifizierung von Unterkünften und Freizeitaktivitäten mit – Madagaskar und Mosambik sowie Botswana, Kenia, Namibia, Seychellen und Tansania. Auf einer umfangreichen Internetseite werden gute Nachrichten und aktuelle Beispiele mit der Öffentlichkeit geteilt.

- *http://www.fairtrade.travel/home/*

Ein konkretes Beispiel

Basierend auf einem 2015 vom britischen Parlament verabschiedeten Gesetz zur Transparenz in der Lieferkette international tätiger Unternehmen hat die SHIVA-HOTEL-Gruppe ein Anti-Sklaverei-Programm beschlossen. Die Hotelkette fährt eine schriftlich verfasste und veröffentlichte Null-Toleranz-Politik gegen moderne Sklaverei und alle Formen der Ausbeutung in allen Bereichen ihrer Angebote – das gilt für Rezeption, Reinigungskräfte, Wäscherei und alle Zulieferer. Fast 500 Angestellte und 150 Leiharbeiter*innen erhalten regelmäßig Weiterbildungen. Sie werden über ihre Rechte informiert und lernen, Zeichen für Übergriffe zu erkennen und ein Auge auf Anzeichen von Ausbeutung zu haben. Auch Gäste der Häuser werden auf das Thema sexueller oder Arbeits-Ausbeutung aufmerksam gemacht.

Das heißt für uns

Die Welt Tourismus Organisation (UNWTO) sieht die Reisebranche als den weltweit führenden Jobmotor und Exportsektor. Auch kann Tourismus zur Einhaltung der Menschenrechte beitragen, wenn deren Verletzung von Reisenden wahrgenommen und an die Öffentlichkeit gebracht wird. Tourismus hat das Potential, einen großen Beitrag zum Erreichen der Agenda 2030 zu leisten – doch dafür braucht es eine Trendwende. Diese ist nötig sowohl auf der wirtschaftlichen, als auch auf politischer Ebene und die Tourist*innen selbst sind ebenfalls in der Pflicht. Vor allem mit Blick auf Ausbeutung und Versklavung der Menschen in unseren Reisezielen gilt es, Verantwortung zu übernehmen und nicht länger unsere Bedürfnisse über die der Menschen Ort zu stellen!

Bild: „Tourism kills“ (Aufkleber an einem Ferienort)

Über die Autorin

Vera Dwors hat sich in ihrer Diplomarbeit mit Nachhaltigem Tourismus in Namibia beschäftigt. Sie koordiniert seit 2016 das bundesweite FachForum Internationale Kooperationen und Partnerschaften, in dem Verantwortungsvoller Tourismus Thema ist. Gemeinsam mit Barbara Scharfbillig aus Rheinland Pfalz erstellte sie die Lerneinheit „Blickwechsel auf meinen Freiwilligendienst“. Im Rahmen des NRW-Promotor*innen-Programms hat sie die Fachstelle Südafrika inne, mit Sitz beim Amt für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung.

- *Vera.Dwors@moewe-westfalen.de*
- *http://www.moewe-westfalen.de/aktuell/*

CaféTeriya: Die Veranstaltung zum Thema

Teriya heißt auf Bambara (Sprache in Westafrika) Freundschaft. Und genau das ist auch das Motto der Reihe: Wenn wir miteinander, anstatt übereinander über die Dinge reden, die die Welt bewegen, können wir mehr bewegen - moderne Sklaverei ist dabei nur ein mögliches Thema von vielen.

Am 26. Oktober 2018 startete die Reihe in der Alten Feuerwache in Köln. Nach einem Grußwort von Gastgeber François Koutouan von DAKO (Deutsch-Afrikanische Kooperation e.V.) referierten Dorsa Moinipour und Abidine Ould Merzough. In Hamm begrüßten am 5. November 2018 eine Vertreterin des CVJM Hamm als Gastgeberin sowie der interkulturelle Promotor für den Regierungsbezirk Arnsberg Kamyar Dorodian (Flüchtlingshilfe Hamm) das Publikum. An dem Abend sprachen Yammen Al Shumali sowie Dr. Jean-Gottfried Mutombo. Der Regionalpromotor in Hamm - Marcos da Costa Melo vom Forum für Umwelt und gerechte Entwicklung (FUgE) - brachte seine Expertise zum Thema in die anschließende Diskussion ein. In der Neusser Stadtbibliothek begrüßte neben einer Vertreterin des Hauses die interkulturelle Promotorin für den Regierungsbezirk Düsseldorf Muna Shukhni (Raum der Kulturen Neuss) am 13. November 2018 die Teilnehmer*innen. Danach sprachen Eva-Maria Reinwald und Vera Dwors. Weitere Kooperationspartner: Allerweltshaus (Köln)/ NEWI (Neuss). Die drei CaféTeriya-Veranstaltungen wurden von Engagement Global gefördert. FAIRsorgt wurden sie mit fairgehandeltem Kaffee und Snacks der GEPA - The Fair Trade Company.

Die Kooperationspartner:

FUgE Forum für Umwelt und gerechte Entwicklung

CVJM

Flüchtlingshilfe Hamm e.V.

Raum der Kulturen Neuss e.V.

NEWI Neusser-Eine-Welt-Initiative

DAKO e.V. Deutsch-Afrikanische Kooperation

Stadt Bibliothek Neuss

allerweltshaus köln

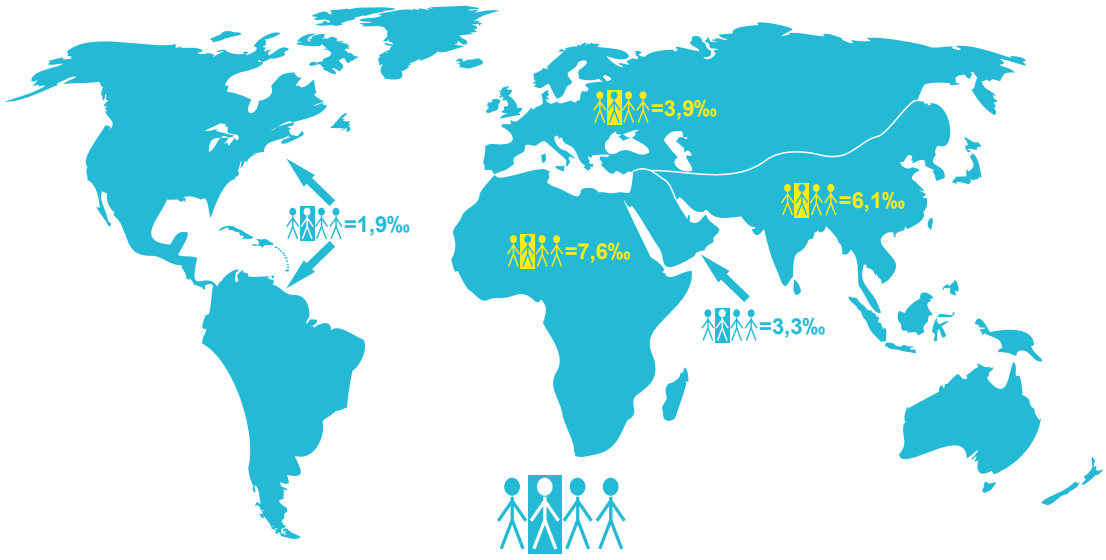
MIGRAFRICA

„Sklaven müssen sein, sonst wäre

zu teuer“

(Montesquieu (1689-1755), französischer Staatstheoretiker und Schriftsteller)

Sklaverei heute - Relative Verteilung



1,9‰ Amerika | 7,6‰ Afrika | 3,9‰ Europa & Zentralasien | 3,3‰ Arabische Staaten | 6,1‰ Asien & Pazifik

Quelle Karte: Global Slavery Index, siehe *https://www.alliance87.org/2017ge/modernslavery#!section=8* (Einsicht: 2018; wird regemäßig aktualisiert)

Träger der Fachstelle Flucht, Migration und Entwicklung NRW: Eine Welt Netz NRW.

Teil des Eine-Welt-Promotor*innenprogramms. In Zusammenarbeit mit dem Eine Welt Netz NRW.

Gefördert von Engagement Global im Auftrag des BMZ und der Landesregierung NRW.

Die Broschüre wurde durch Engagement Global gefördert.